

Antrag auf Einrichtung eines Langzeitkontos
nach der Richtlinie zur Führung von Langzeitkonten gemäß § 10 Abs. 6 TV-L
in der Brandenburgischen Landesverwaltung

Name, Vorname der/des Beschäftigten

.....

geboren am:

.....

Anschrift:

.....

Hiermit beantrage ich die Einrichtung eines Langzeitkontos¹

Die Ansparphase soll von bis dauern.²

Beschäftigungsumfang während der Ansparphase:/27/25

für sonstige Zwecke im Rahmen der persönlichen Lebensführung.

Die Freistellung soll Jahre Monate³ dauern und

in einem noch festzulegenden, richtlinienkonformen Zeitraum

vom bis sowie vom bis

erfolgen.

zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zum

Eine Rentenauskunft des Rentenversicherungsträgers ist beigefügt.

Die Freistellung soll Jahre Monate dauern und

zu einem noch festzulegenden, richtlinienkonformen Zeitraum beginnen.

am beginnen.

In der Freistellungsphase sollen für das fällige Arbeitsentgelt monatlich % (..... LWS) aus dem Langzeitkonto entnommen werden.⁴

Folgende Zeiten oder in Zeit umgewandelte Entgelttatbestände sollen eingebracht werden:

-% an der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit nach § 44 Nr. 2 TV-L in Verbindung mit der Anlage zu § 16 Abs. 2 Satz 1 AZV,
- Mehrarbeit, wenn im Rahmen der einschlägigen Bestimmungen die Voraussetzungen für eine Vergütung der Mehrarbeit vorliegen,
- Jahressonderzahlung nach § 20 TV-L, für folgende Kalenderjahre,
- Angleichungszulage ,
- über die gesetzliche Unterrichtsverpflichtung hinaus geleisteten Unterrichtsstunden

Antrag auf Erhöhung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit:

- Ich beantrage zur Einbringung in das Langzeitkonto meine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit um Stunden⁵ wöchentlich *in der Zeit vom ... bis ...*⁶ zu erhöhen.⁷

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift der/des Beschäftigten

Stellungnahme der Schulleitung

Der Antrag wird

_____ befürwortet

_____ nicht befürwortet

Ort, Datum

Unterschrift

Stellungnahme der zuständigen Schürätin/des zuständigen Schulrates

Begründung der Ablehnung:

Ort, Datum

Unterschrift

Weiterleitung an

Personalstelle z. w. V.

Planungsteam

ZBB

Ort, Datum

Unterschrift SB Personal

¹ Die Gesamtlauzeit der Vereinbarung beträgt maximal 14 Jahre.

² Die Dauer der Ansparphase darf maximal 12 Jahre betragen. Die Gesamtlauzeit darf maximal 14 Jahre betragen.

³ Der Freistellungszeitraum beträgt mindestens ein Schulhalbjahr.

⁴ Die Anzahl der dem Wertguthaben monatlich entnommenen Stunden multipliziert mit dem individuellen aktuellen Stundensatz ergibt das monatliche Entgelt. Der individuelle aktuelle Stundensatz ergibt sich aus der Division des aktuellen Tabellenentgelts durch die durchschnittlichen Arbeitsstunden pro Monat. Die durchschnittlichen Arbeitsstunden pro Monat errechnen sich wie folgt: Std./Wo. x 4,348 Wo./Mo. → bei einen Vollzeitbeschäftigten: 40 Std./Wo. x 4,348 = 173,92 Stunden/Monat).

Arbeitszeit	Arbeitsstunden pro Woche	Arbeitsstunden pro Monat	Arbeitsstunden für 1 Jahr	Arbeitsstunden für 2 Jahre
100%	40	173,92	2.087,040	4.174,080
90%	36	156,528	1.878,336	3.756,672
80%	32	139,136	1.669,632	3.339,264
75%	30	130,44	1.565,280	3.130,560
70%	28	121,744	1.460,928	2.921,856
60%	24	104,352	1.252,224	2.504,448
50%	20	86,96	1.043,520	2.087,040
40%	16	69,568	834,816	1.669,632

Das Entgelt während der Freistellung darf minimal 70 % und maximal 130 % des durchschnittlich gezahlten Arbeitsentgelts der letzten 12 Kalendermonate vor der Freistellung betragen.

⁵ Eine Erhöhung ist um maximal acht Stunden wöchentlich (bei Lehrkräften um 5 Stunden der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung) möglich.

⁶ kursive Teile sind nur bei Bedarf auszufüllen

⁷ Die Vereinbarung der erhöhten regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit setzt eine Einzelfallprüfung voraus, in der insbesondere das dienstliche Bedürfnis einer erhöhten Arbeitszeit geprüft wird. Die Vereinbarung der erhöhten Arbeitszeit ist im Rahmen des Teils II der Richtlinie vom 12.01.2023 (Gz.: 37-712-14) widerruflich.